

Rede

Manfred Grund MdB

Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

in der Debatte des Deutschen Bundestages

am Donnerstag, 4. April 2019 zum Tagesordnungspunkt 10

„Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum Abkommen vom 24. November 2017 über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits.**“

---

Es gibt zweierlei, was wir uns nicht aussuchen können:

- In der Familie sind es die Geschwister, so den „Großen Bruder“
- Und als Staaten unsere Nachbarn, auch die kann man sich nicht aussuchen.

Und genau darüber will ich reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Herr/Frau Präsident(in),

mit dem Fall des Eisernen Vorhanges 1991 vollzogen sich im Osten und Südosten Europas tiefgreifende politische und wirtschaftliche Veränderungen. Viele der früheren sowjetischen Satellitenstaaten sind inzwischen Mitglieder der Europäischen Union geworden. Mit anderen Worten: Völker und Staaten sind in die europäische Staatengemeinschaft, in die europäische Familie, zurückgekommen, welche seit Jahrhunderten Teil des europäischen Kulturraums sind. Nicht nur Warschau, Riga und

Bukarest sind europäische Metropolen, sondern auch Moskau, Kiew und Jerewan. Diese Städte sind Teil Europas. Diese Länder sind nicht Nachbarn von Europa, sondern unsere Nachbarn in Europa.

Auch deswegen kann es keine abschließende, keine ausschließende Antwort nach den Grenzen von EU – Europa geben. Es ist ein offenes Projekt, aber mit Werten und Prinzipien, und einer besonderen Verantwortung, nicht nur für die eigenen Bürger, sondern auch für die Nachbarstaaten und die dort lebenden Menschen.

Seit nun zehn Jahren rücken sechs Staaten in Osteuropa, die Ukraine, Georgien, die Republik Moldau, Belarus, Aserbaidshan und Armenien, durch die Östliche Partnerschaftspolitik näher an die EU heran. Für die EU stellt sich jedoch mit Blick auf diese Östlichen Partnerschaftsländer keine Beitrittsfrage. Wir wollen keine falschen Hoffnungen machen, die später nicht erfüllt werden könnten. Es muss auch klargestellt werden, dass sich das Östliche Partnerschaftsprogramm gegen niemanden richtet und – ganz wichtig – auch nicht gegen Russland.

Das Ziel der Nachbarschaftspolitik besteht darin, einen Ring befreundeter Staaten um die EU zu schaffen, die sich an einem

ähnlichen Entwicklungsmodell ausrichten – also an Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Demokratie. Damit wollen wir vor allem wirtschaftliche Entwicklung, Stabilität und Sicherheit an den eigenen Grenzen gewährleisten. Somit geht Nachbarschaftspolitik über den Freihandel und die wirtschaftliche Integration hinaus. Denn – und leider – stagniert die Entwicklung in diesen Ländern seit Jahrzehnten. Und noch gravierender: Diese Länder verlieren ihre Zukunft, da die jungen, gut ausgebildeten Menschen diese in immer größerer Zahl verlassen.

Die rund 70 Millionen Menschen in den Östlichen Partnerschaftsländern verbinden mit der EU-Annäherung ein Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit und die Chance, eine Entwicklungsperspektive zu gewinnen. Dies wird aber nur gelingen, indem wir ihnen den Zugang zu europäischen Integrationsprozessen öffnen und die bestehenden Kooperationsformen auf europäischer Ebene vertiefen.

Dabei ist die Annäherung an die EU für die Östlichen Partnerstaaten keinesfalls ohne Alternative. Das Gegenteil ist der Fall: Alle sechs Staaten suchen nach passenden Entwicklungsmodellen für ihre Gesellschaften und ihre modernisierungsbedürftigen Wirtschaften. Für manche ist die Integration in die russisch dominierte Eurasischen

Wirtschaftsunion eine Priorität, für andere die Annäherung an die EU. Wir unterstützen das souveräne Recht der Staaten, selbständig zu entscheiden, Teil welchen Integrationsraums sie werden wollen.

Denn meine Damen und Herren,

wenn kleinere Länder gezwungen werden, sich zwischen ihren größeren Nachbarn zu entscheiden, können sie dabei eigentlich nur verlieren. Das gilt insbesondere dann, wenn geopolitische Konkurrenz an die Stelle einer Modernisierungsagenda tritt. Genau das trifft aber auch auf die Entscheidung zu, die Armenien 2013 zu fällen hatte.

Ein damals mit Armenien ausverhandeltes Assoziierungs- und Freihandelsabkommen der EU wurde nicht unterschrieben, nachdem der damalige Präsident Armeniens, Sersch Sargsjan, nach seinem Moskaubesuch und Gesprächen mit Putin ankündigte, Armenien beabsichtige, demnächst der russisch dominierten Zollunion beizutreten. Seine Entscheidung begründete er mit der regionalen Sicherheitslage und Stabilität Armeniens.

Das ist durch uns zu respektieren. Auch für uns sind Sicherheit und Stabilität in der Region von entscheidender Bedeutung.

Denn die seit Anfang der 1990er Jahre verhängte türkisch-aserbaidische Wirtschaftsblockade gegen Armenien, der gescheiterte Versuch einer türkisch-armenischen Versöhnung von 2009 und der schwelende Konflikt um die international nicht anerkannte Republik Bergkarabach/Arzach stellen große Hindernisse für eine effektive Zusammenarbeit in der Region dar.

Doch für Auswege aus dieser geopolitischen Blockade zwischen der Türkei und Aserbaidische braucht Armenien die EU genauso, wie es Russland braucht und hat trotz des Beitritts zur Eurasischen Wirtschaftsunion weiterhin Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit mit der EU und begann erneute Verhandlungen, die mit der Unterzeichnung eines umfassenden und vertieften Partnerschaftsabkommens (CEPA) endeten. Dieses Abkommen ist ein sehr komplexes Dokument. Es gleicht in großen Teilen dem vorher verhandelten Assoziierungsabkommen, mit Ausnahme einer Freihandelszone, welche wegen des Beitritts Armeniens zur Eurasischen Wirtschaftsunion (Zollunion) nicht mehr möglich ist. Dennoch soll eine stärkere Annäherung an das Normen- und -Regulierungssystem der EU erfolgen, um Handel und Investitionen zu begünstigen.

Mit großem Interesse haben wir wahrgenommen, wie sich die außenpolitische Linie Armeniens nach dem politischen Umbruch vom April/Mai 2018 entwickelt. Mein Kollege Volker Ulrich wird darauf näher eingehen. Das Gute daran ist, Armenien verfolgt weiterhin seine außenpolitischen Prioritäten und bleibt auch bei der Zusammenarbeit mit der EU. Insbesondere unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet, wäre die armenische Regierung gut beraten, Strategien zu entwickeln, um mit Hilfe der EU ihre Wirtschaft zu modernisieren, denn die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion beinhaltet dazu bisher keine hinreichenden Perspektiven.

Meine Damen und Herren,

bei einer erfolgreichen Umsetzung des Partnerschaftsabkommens zwischen Jerewan und Brüssel kann Armenien ein Beispiel setzen, wie eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion und die Beteiligung an Nachbarschaftskonzepten der EU zu einer kooperativen Beziehung gebracht werden können. Wir haben Interesse an Reformen und einer engen Zusammenarbeit nicht nur mit unseren östlichen Nachbarstaaten, sondern auch mit den Nachbarn unserer Nachbarn. Eine erfolgreiche Umsetzung des

Abkommens mit Armenien kann sogar über das Land hinaus Wirkung entfalten.

Denn die Hand, die wir den sechs Partnerstaaten reichen, ist zugleich in Richtung Russland und der fünf Zentralasienstaaten ausgestreckt. Wir tragen mit unseren Nachbarn und gemeinsam mit Russland Verantwortung für Frieden, Stabilität und Wohlstand auf unserem Kontinent. Die Republik Armenien als Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion einerseits und der Östlichen Partnerschaft der EU andererseits könnte also ein mögliches Kooperationselement bei der Annäherung dieser beiden Wirtschaftsblöcke sein und sich mit Fragen eines kompatiblen Wirtschaftsrahmens für ganze Eurasien beschäftigen, also von Lissabon bis Wladiwostok, im gemeinsamen Haus Europa.

Meine Damen und Herren,

So ließe sich eine Atmosphäre schaffen, die es ermöglicht, in Zukunft auch andere heikle Sicherheitsfragen zu diskutieren und gemeinsame Lösungen zu finden.

Ich komme auf meinen Anfang zurück. Wenn man sich seine Geschwister und seine Nachbarn nicht aussuchen kann, muss

man alles für ein gutes Miteinander tun. Und dieses Abkommen soll dazu beitragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!